

Durch das Nadelöhr der Demokratie

Die Kandidatenaufstellung der Partei
DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017



DIE LINKE.

Durch das Nadelöhr der Demokratie

**Die Kandidatenaufstellung der Partei
DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017**

Eine Veröffentlichung des
Instituts für Parlamentarismusforschung (IPar)

Impressum

Herausgeber: Suzanne S. Schüttemeyer, Benjamin Höhne
Mitarbeit von: Danny Schindler, Daniel Hellmann,
Anastasia Pyschny, Malte Cordes, Oliver Kannenberg,
Pia Berkhoff, Sophie Kopsch

Kontakt:

Institut für Parlamentarismusforschung
Mauerstraße 83/84
10117 Berlin
info@iparl.de

Dezember 2021

DOI: 10.36206/KuPu_BuKa17_05

Inhalt

Das IParl und sein erstes Forschungsprojekt	4
<hr/>	
1. Die Linke und die Bundestagswahl 2017	7
<hr/>	
2. Wer wählt die Kandidaten der Linken nach welchen Regeln aus?	10
<hr/>	
3. Was sollten die Kandidaten für eine Aufstellung mitbringen?	21
<hr/>	
4. Wie werden die Aufstellungsprozesse bewertet?	26
<hr/>	
5. Welches Verfahren der Kandidatenaufstellung wünschen sich die Mitglieder?	32
<hr/>	
6. Zusammenfassung: Wer wählt wen, wie und warum in der Linken aus?	37

Das IParl und sein erstes Forschungsprojekt

Das **Institut für Parlamentarismusforschung (IParl)** will dazu beitragen, die demokratische Ordnung in der Gesellschaft fortzuentwickeln und ihre Wertschätzung in der Gesellschaft zu verbessern. Mit diesem Ziel widmet es sich der theoretischen und empirischen Erforschung demokratischer Repräsentation und Legitimation. Besonderer Wert wird dabei auf den engen Bezug zur politischen Wirklichkeit gelegt.

Gegründet wurde das IParl im April 2016 in Halle (Saale) von Prof. Dr. Suzanne S. Schüttemeyer, die bis Oktober 2018 einen Politik-Lehrstuhl an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg innehatte und Chefredakteurin der Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl) ist. Das IParl ist eine Einrichtung der in Kiel ansässigen Stiftung Wissenschaft und Demokratie (SW&D), die auch dessen Auftaktforschungsprojekt zur Kandidatenaufstellung finanziert. In diesem Projekt wird in allen sieben inzwischen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien untersucht, wer, wen, wie und warum als Wahlbewerber zur Bundestagswahl 2017 aufgestellt hat.

Kandidatenaufstellungen – Nadelöhr der Demokratie: Bundestagswahlen finden nach dem personalisierten Verhältniswahlssystem statt. Mit der Erststimme wird der Kandidat¹ im Wahlkreis gewählt, mit der Zweitstimme die Liste einer Partei. Wer im Wahlkreis und auf der Liste zur Wahl steht, entscheiden die Parteien. Dies führt zu folgenden Fragen: Wer nominiert eigentlich in den Parteien die Wahlbewerber? Wer tritt für eine Kandidatur mit welcher

1 Aus Platzgründen und für einfache Lesbarkeit wird auf die weibliche Form verzichtet.

Motivation an? Welche Regeln gelten dabei? Welche Beweggründe sind bei den Entscheidungen für oder gegen jemanden ausschlaggebend? Und wie beurteilen die Parteimitglieder selbst die Art und Weise ihrer Personalauswahl? Antworten auf diese Fragen gibt die vorliegende Studie am Beispiel der Partei DIE LINKE.

Zur Feldforschung in den Parteien: 19.469 Mitglieder von CDU, SPD, CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, FDP und AfD wurden mit standardisierten Fragebögen durch das Berliner Meinungsforschungsinstitut policy matters im Auftrag des IParl befragt. Erhoben wurden die Daten zwischen September 2016 und Juli 2017 auf insgesamt 167 Aufstellungsversammlungen in der gesamten Bundesrepublik. Darunter sind 113 Wahlkreis- und 54 Listennominierungen. Der Rücklauf ist mit 52,2 Prozent für eine sozialwissenschaftliche Erhebung überaus erfreulich.

Befragt wurden zum einen die Bewerber für eine Wahlkreis- oder Listenkandidatur und zum anderen alle Parteimitglieder, die auf einer der ausgewählten Versammlungen den oder die Wahlbewerber aufgestellt haben. Somit geben die Forschungsergebnisse Auskunft zu den Einstellungen und Sichtweisen der aktiven Parteimitglieder. Neben der Befragung mit Fragebögen wurden 125 Versammlungen minutiös wissenschaftlich beobachtet, 425 so genannte teilstrukturierte Leitfadeninterviews bzw. Hintergrundgespräche geführt, die Satzungen der Parteien und die Medienberichterstattung systematisch ausgewertet.

Zu dieser Studie: Zum Gelingen des Forschungsprojekts haben die Mitglieder der Parteien maßgeblich beigetragen. Ihnen gebührt großer Dank – Dank dafür, dass sie den Fragebogen ausgefüllt, an Interviews teilgenommen und den Zugang zu den Veranstaltungen überhaupt erst ermöglicht haben. An sie richtet sich diese Studie in erster Linie. Für leichte Lesbarkeit wurde auf Verweise zu anderen Forschungsergebnissen weitestgehend verzichtet und nur sparsam von Fußnoten Gebrauch gemacht. Einzelne

vertiefende Analysen liegen bereits vor, weitere folgen in den kommenden Monaten.²

Den Tabellen und Abbildungen liegt die Basisstichprobe mit 89 zufällig ausgewählten Wahlkreisen und 48 zufällig ausgewählten Landesverbänden zugrunde (zusätzliche, nach verschiedenen Kriterien bestimmte Sonderfälle werden hier nicht berücksichtigt). Berücksichtigt wurden zudem einzelne Aussagen von Parteimitgliedern aus den strukturierten Leitfadengesprächen, um Zusammenhänge zu illustrieren.

Weiterführende Informationen zum Forschungsprojekt finden sich unter: **www.iparl.de**. Dort bietet eine interaktive Deutschlandkarte einen Überblick über die untersuchten Wahlkreise und Landesverbände, auch nach Parteien ausdifferenziert; die ebenfalls abrufbaren Methodenberichte dokumentieren u.a. die Parteimitgliederbefragung detailliert.

Ferner sei darauf hingewiesen, dass in den Abbildungen und Tabellen rundungsbedingt geringfügige Abweichungen zu 100 Prozent auftreten können. Letzter Stand der Bearbeitungen ist Dezember 2021.³

- 2 Siehe dazu: Benjamin Höhne, Wie stellen Parteien ihre Parlamentsbewerber auf? Das Personalmanagement vor der Bundestagswahl 2017, in: Carsten Koschmieder (Hrsg.): Parteien, Parteiensysteme und politische Orientierungen. Aktuelle Beiträge der Parteienforschung, Wiesbaden 2017, S. 227-253. Weitere Veröffentlichungen finden Sie unter: www.iparl.de/de/publikationen.html.
- 3 Die hier verwendeten Mitgliederangaben stammen sowohl aus eigenen Erhebungen als auch aus der Dokumentation von Oskar Niedermayer, Parteimitgliedschaften im Jahre 2017 in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), 49. Jg. (2018), H. 2, S. 346-371.

1. Die Linke und die Bundestagswahl 2017

War die Linke in der vergangenen Wahlperiode des Deutschen Bundestages noch die größte Oppositionsfraktion, nimmt sie nach der Bundestagswahl 2017 nur noch Platz fünf im Stärkeverhältnis der Bundestagsfraktionen ein. Sie erzielte 9,2 Prozent der Zweitstimmen und legte damit gegenüber der Wahl 2013 um 0,6 Prozentpunkte leicht zu. Fünf Mandate und damit eins mehr als bei der vorherigen Wahl konnten direkt gewonnen werden. Angeführt wurde der Wahlkampf von den beiden alten und neuen Fraktionsvorsitzenden Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht.

Den Markenkern der Linkspartei bildet die soziale Gerechtigkeit, die anders als bei der SPD in sozialistisches bzw. kommunistisches Gedankengut eingebettet ist. In den neuen Bundesländern wird die Linke darüber hinaus als regionale Vertreterin ostdeutscher Belange gewählt. Dass sie im Osten stärker als im Westen abschneidet, ist auch auf ihre postkommunistische Vergangenheit als PDS zurückzuführen, die wiederum nach dem Zusammenbruch der DDR aus der SED hervorgegangen ist. In den alten Bundesländern konnte sie bis zu ihrer Fusion mit der Sozialstaatspartei WASG im Jahr 2007 kaum Fuß fassen.

Organisatorisch ist die Linke eine Strömungspartei par excellence. Innerparteiliche Auseinandersetzungen um Inhalte, Strategien und Personen stehen regelmäßig auf der Tagesordnung; viele Streitfragen sind ungelöst. Eine davon ist – nach wie vor – die Regierungsbeteiligung. So ist innerhalb der vorrangig im Westen beheimateten links-dogmatischen Strömungen die Ansicht verbreitet, dass eine Koalition im Bund der falsche Ansatz zur Politikgestaltung wäre. Dagegen sprechen sich Vertreter des pragmatischen, eher im Osten starken Flügels, prinzipiell für einen Eintritt in die Bundesregierung aus und verweisen auf zahlreiche Regierungserfahrungen in den neuen Bundesländern. Wie auch immer man sich zukünftig positioniert, die in Frage kommenden Koaliti-

Die Kandidatenaufstellung der Partei DIE LINKE

onspartner bleiben skeptisch. Aus deren Sicht stehe u.a. das pazifistische Profil der Linkspartei einer Regierungskoalition im Wege.

Die Linke hat knapp 60.000 Mitglieder. Deren Durchschnittsalter liegt bei 58 Jahren. Dies hat den Effekt, dass ihre ostdeutsche Mitgliederbasis allmählich bröckelt. Ihr Frauenanteil lag Ende 2016 bei 36,9 Prozent. Auch wenn nur die Grünen mit 39,0 Prozent einen größeren Anteil erreichen, bietet die Entwicklung bei der Linken keinen Anlass zur Freude. Vor 20 Jahren war noch knapp die Hälfte ihrer Mitglieder weiblich (46,1 Prozent im Jahr 1997). Zu wenig Frauen finden den Weg in die Partei. Deren Anteil unter den Neumitgliedern überschritt in den vergangenen Jahren nur selten die 30-Prozent-Marke.

Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen zwischen den Flügeln einerseits und der ungeklärten strategischen Ausrichtung über den zukünftigen Kurs der Linkspartei im Bund andererseits wird auf den folgenden Seiten deren Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 2017 analysiert. Dabei steht im Mittelpunkt, wie die Kandidaten nominiert und worauf bei deren Auswahl besonders geachtet wurde.

Wie bei den anderen Parteien auch, bietet ein bereits vorhandenes Mandat beste Chancen, erneut ins Parlament einzuziehen. 52 Mitglieder der bis 2017 amtierenden Linken-Bundestagsfraktion bzw. 81,3 Prozent traten erneut zur Wahl an. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Großteil der linken Abgeordneten über einen Listenplatz in den Bundestag gewählt wird. Wahlkreisabgeordnete, die vor allem im Osten Berlins zu finden sind, stellen eine Ausnahme dar. Insofern sind vor allem diejenigen Listenplatznominierungen in der vorliegenden Kurzanalyse interessant, die zum einen nicht von einem amtierenden Bundestagsabgeordneten eingenommen werden und zum anderen mit einer hohen Wahlchance versehen sind.

Die Tabellen und Abbildungen auf den folgenden Seiten geben erste ausgewählte Ergebnisse der Befragung unter den Mitgliedern der Partei DIE LINKE wieder, die die Kandidaten in den Wahlkreisen⁴ und auf den Landeslisten⁵ in den vergangenen Monaten aufgestellt haben. Insgesamt haben sich 817 Parteimitglieder an der Befragung beteiligt, was einer Rücklaufquote von 62,7 Prozent entspricht.⁶

-
- 4 Dies waren bei der Partei DIE LINKE die Wahlkreise Berlin-Neukölln, Bottrop – Recklinghausen II, Dortmund II, Erfurt – Weimar – Weimarer Land II, Hamburg-Mitte, Heinsberg, Kleve, Neustadt – Speyer, Nienburg II – Schaumburg, Recklinghausen I, Rottweil – Tuttlingen, Schwerin – Ludwigslust-Parchim I – Nordwestmecklenburg I, Steinfurt – Borken I, Waldshut und Worms.
 - 5 Dies waren die Linken-Landesverbände Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein.
 - 6 Zum Vergleich: Rücklauf bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 79,0 Prozent, CDU: 57,7 Prozent, SPD: 57,0 Prozent, CSU: 56,2 Prozent, FDP: 49,9 Prozent, AfD: 45,8 Prozent.

2. Wer wählt die Kandidaten der Linken nach welchen Regeln aus?

Gemäß dem Bundeswahlgesetz steht es den Parteien frei, ob sie ihre Bundestagskandidaten auf einer **Mitglieder- oder einer Delegiertenversammlung**⁷ nominieren. Auf einer Mitgliederversammlung sind alle Parteimitglieder der jeweiligen Gebietseinheit stimmberechtigt, wenn sie bei der anstehenden Bundestagswahl über das Wahlrecht verfügen. Delegierte werden vor der Kandidatenaufstellung aus dem Kreis der Parteimitglieder vor Ort, das heißt auf unterster Ebene der Partei, gewählt.

Die Anzahl der Delegierten setzt sich bei der Linken nach einem Schlüssel zusammen, dem weit überwiegend die Mitgliederzahl in den jeweiligen Kreis- oder Bezirksverbänden zugrunde liegt. Für den Fall, dass ein Delegierter am Wahltag sein Stimmrecht unverhofft nicht wahrnehmen kann, können Ersatzdelegierte gewählt werden.

In den Wahlkreisen wurden die Direktkandidaten der Linken häufiger auf einer Mitgliederversammlung nominiert. Von den 15 vom IParl besuchten Wahlkreisversammlungen der Linkspartei wurden nur die Bewerber der im Osten des Landes liegenden Wahlkreise Schwerin – Ludwigslust-Parchim I – Nordwestmecklenburg I und Erfurt – Weimar – Weimarer Land II auf einer Delegiertenversammlung aufgestellt. Im Durchschnitt waren je Wahlkreisversammlung 22 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Bei der AfD waren ebenso viele Stimmberechtigte vor Ort. Die meisten waren bei den Wahlkreisveranstaltungen der CSU anwesend (154).

⁷ Im weiteren Verlauf des Textes werden die Begriffe „Delegiertenversammlung“ bzw. „Delegierte“ verwendet, die synonym zu den Bezeichnungen „Vertreterversammlung“ und „Vertreter“ zu verstehen sind.

Die Landeslisten der Linkspartei wurden zumeist auf Versammlungen nach dem Delegiertenprinzip aufgestellt. Mitgliederversammlungen fanden in Bremen und im Saarland statt. Bei den acht vom IParl untersuchten Listenparteitagen kamen zwischen 80 und 201 stimmberechtigte Mitglieder zusammen. Im Durchschnitt waren bei den Versammlungen von der Linken 132 Stimmberechtigte vor Ort. Im Parteienvergleich stellt dies die geringste Anzahl dar. Bei den Aufstellungsversammlungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (157), der CDU (208), SPD (248), CSU (260) und FDP (273) waren durchschnittlich mehr stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Die meisten Stimmberechtigten waren auf Landesebene bei der AfD zugegen (311), die überwiegend Mitgliederversammlungen abhielt.

Bei dem **Wahlverfahren** der Linken soll nach der Bundessatzung § 10 Abs. 5 „auf einen mindestens hälftigen Frauenanteil in der Fraktion bzw. in der Abgeordnetengruppe“ hingewirkt werden. Grundsätzlich sind „einer der beiden ersten Listenplätze und im Folgenden die ungeraden Listenplätze Frauen vorbehalten“. Reine Frauenlisten, also Landeslisten mit ausschließlich Kandidatinnen, sind möglich.

Eine nicht weniger bedeutende Rolle als das Ausbalancieren von Geschlechtern hat der **regionale Ausgleich bei der Aufstellung der Landeslisten**. Ein Bewerber aus Nordrhein-Westfalen verdeutlichte dies, indem er feststellte: „Zwischen den Kandidaten der Plätze eins bis zehn gibt es durchaus einen Regionalproporz.“ Auch andernorts weist ein Mitglied auf die Relevanz einer regional austarierten Landesliste hin: „Es geht bei uns ein bisschen nach Strömungen, es geht aber noch stärker um [die] regionale Verteilung.“ Die Ergebnisse der Befragung zeigen dabei eine unterschiedliche Gewichtung des regionalen Ausgleichs zwischen den Landesverbänden im Osten und im Westen. Während 74,5 Prozent der Befragten aus den neuen Bundesländern diesen als sehr wichtig bzw. wichtig bezeichneten, waren in den alten Bundeslän-

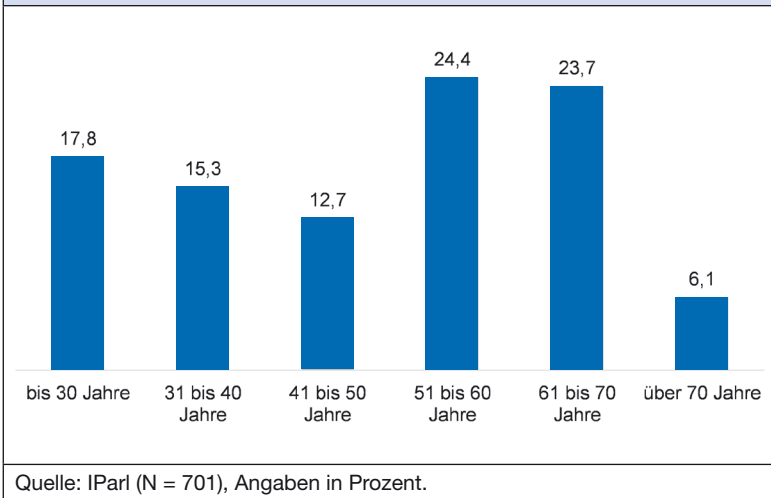
dern lediglich 58,9 Prozent derselben Ansicht. Der traditionell höhere Organisationsgrad der Ost-Linken ist wohl einer der Erklärungsansätze für diese unterschiedliche Gewichtung.

Dem Regionalproporz nachgeordnet, aber zumindest vereinzelt für die Auswahl der Kandidaten relevant, ist die **Berücksichtigung bestimmter innerparteilicher Gruppen** mit unterschiedlichen Politikvorstellungen. DIE LINKE besitzt eine Vielzahl an assoziierten Organisationen, beispielsweise das Forum demokratischer Sozialismus (FDS) oder die Antikapitalistische Linke (AKL). Die in der West-Linken vorhandene dogmatische Haltung wirkt sich auch auf den Ausgleich zwischen den Gruppierungen aus. So bewerteten dort 41,8 Prozent der Befragten den Ausgleich zwischen den innerparteilichen Gruppierungen als wichtig bzw. sehr wichtig. In der eher pragmatisch orientierten Ost-Linken waren lediglich 32,7 Prozent derselben Ansicht. Ferner spielt der Ausgleich von unterschiedlichen Alterskohorten und von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund eine Rolle. Bei letzterem fällt auf, dass annähernd zwei Drittel (65,2 Prozent) der West-Linke, aber lediglich 43,4 Prozent der Ost-Linken, diesen Ausgleich als wichtig oder sehr wichtig bewerteten.

Ausweislich der **soziodemographischen Angaben**, um die die Studienteilnehmer gebeten wurden, waren die befragten Mitglieder aller untersuchten Parteien zu 68,3 Prozent männlich. Bei der Linken lag der Männeranteil unter den Auswählenden mit 57,4 Prozent deutlich darunter. Der Frauenanteil unter den teilnehmenden Mitgliedern (42,6 Prozent) ist mehr als fünf Prozentpunkte höher als der aller Parteimitglieder (36,9 Prozent). Frauen sind demnach überdurchschnittlich stark an der Kandidatenaufstellung beteiligt.

Vor dem Hintergrund wandelnder politischer Partizipationsformen sehen sich die Parteien zunehmend damit konfrontiert, junge Menschen für die aktive Parteilarbeit zu gewinnen. Die Aufschlüsselung der befragten Linkspartei-Mitglieder nach Alter zeigt, dass

Abbildung 1: Altersverteilung der befragten Mitglieder von DIE LINKE



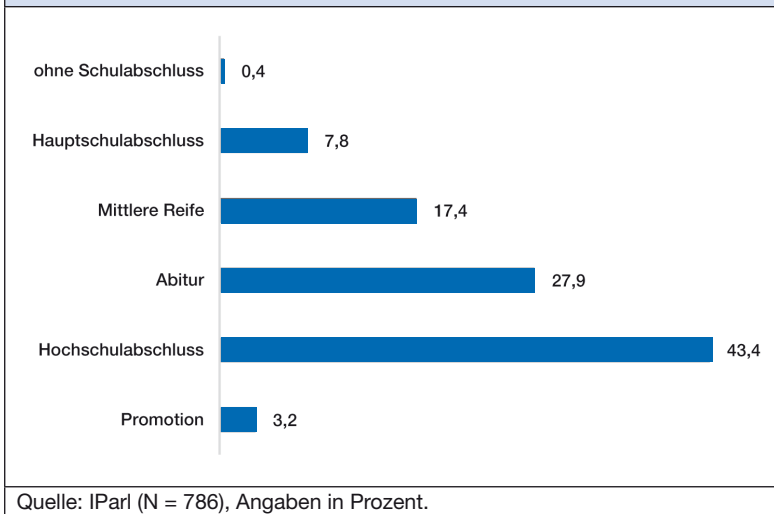
17,8 Prozent der stimmberechtigten Personen jünger als 30 Jahre waren. Im Parteienvergleich ist dies vor der SPD (16,2 Prozent) und den Grünen (14,5 Prozent) der höchste Anteil an jungen Mitgliedern. Deutlich weniger, nämlich 6,1 Prozent, waren über 70 Jahre alt (siehe Abbildung 1). Knapp die Hälfte (48,1 Prozent) der Befragten befanden sich in den Kohorten zwischen 51 und 70 Jahren. Der Altersdurchschnitt der Stimmberechtigten der Linken lag bei 49,4 Jahren und ist sehr viel geringer als der aller Parteimitglieder (58 Jahre). Dies lässt darauf schließen, dass an der Kandidatenaufstellung neben einem erhöhten Frauenanteil auch verstärkt junge Mitglieder eingebunden sind. Im Parteienvergleich älter waren die auswählenden Mitglieder der CDU (53,4), FDP (52,2), AfD (52,1) und CSU (51,2). Die durchschnittlich jüngsten Mitglieder fanden sich mit 47,9 Jahren bei den Grünen.

In der Partizipationsforschung wird gemeinhin von einem positiven Zusammenhang zwischen der individuellen Ressourcenausstattung (zum Beispiel Bildungsgrad oder Einkommen) und dem

Die Kandidatenaufstellung der Partei DIE LINKE

Aktivitätsniveau ausgegangen. Die vorliegenden Daten zum höchsten Bildungsabschluss der Mitglieder unterstützen diese Annahme. Der Anteil der befragten Linken-Mitglieder ohne einen Schulabschluss ist mit 0,4 Prozent verschwindend gering (siehe Abbildung 2). Im Parteienvergleich ist dies bereits die höchste Rate, gefolgt von der CSU und den Grünen mit jeweils 0,3 Prozent. 7,8 Prozent der Linken-Mitglieder hatten einen Hauptschulabschluss, über 17 Prozent die mittlere Reife als höchsten Bildungsabschluss. Die große Mehrheit (über 70 Prozent) hat die Schule mit Abitur oder Fachhochschulreife verlassen. 43,4 Prozent wiesen zudem einen Hochschulabschluss auf. 3,2 Prozent waren promoviert. Im Parteienvergleich ist dies die niedrigste Promotionsrate: Mit Ausnahme der CSU (4,6 Prozent) beträgt die Anzahl der Promovierten unter den Mitgliedern der anderen befragten Parteien über 5 Prozent, bei der FDP sogar über 10 Prozent (10,4).

Abbildung 2: Höchster Bildungsabschluss der befragten Mitglieder von DIE LINKE



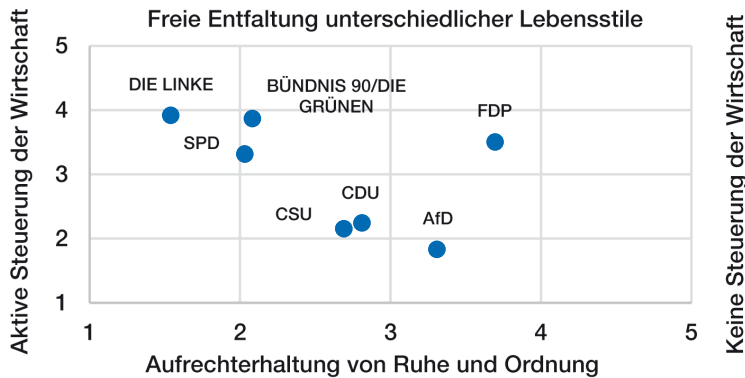
Zusammengefasst ist das an der Kandidatenaufstellung teilnehmende Mitglied der Linken in weniger als drei von fünf Fällen männlich, im Schnitt 49 Jahre alt und besitzt zu mehr als 70 Prozent das Abitur bzw. die Fachhochschulreife. Demnach nahmen vor allem gut gebildete, knapp mehr männliche und im Parteienvergleich eher jüngere Mitglieder an der Kandidatenaufstellung als Abstimmungsberechtigte teil.

Politische Verortung: Auf einer Skala von 1 (links) bis 11 (rechts) stufen die Mitglieder der Linken ihre Ansichten mit 1,9 von allen Parteien am weitesten links der Mitte ein. Am nächsten sind ihnen die Mitglieder der SPD (3,4) und Grünen (3,5). Nahezu mittig stufen sich die FDP-Mitglieder (6,1) ein. Rechts der Mitte positionierten die Befragten der CDU (7,1), CSU (7,3) und AfD (7,8) ihre Ansichten.

Mit ihren soziokulturellen Wertvorstellungen (vertikale Achse) lagen die Mitglieder der Linken im Vergleich nahe bei den Mitgliedern der Grünen; am weitesten entfernt von ihnen ist die AfD (siehe Abbildung 3). Die meisten sprachen sich dafür aus, dass die Politik ihr Hauptaugenmerk eher auf die freie Entfaltung unterschiedlicher Lebensstile richten sollte (66,5 Prozent für Antwortoption 4 und 5), anstatt für Ruhe und Ordnung zu sorgen (8,2 Prozent für Antwortoption 1 und 2). 25,3 Prozent ließen bei dieser Gegenüberstellung keine Tendenz erkennen und verorteten sich genau zwischen beiden Positionen. Die deutliche Positionierung zugunsten der freien Entfaltung unterschiedlicher Lebensstile zeigt die – in diesem Bereich – liberale Ausrichtung der Mitglieder, wohingegen sie sich auf der sozioökonomischen Konfliktachse (horizontale Achse) gemäß ihrem Selbstanspruch als „Kümmerer-Partei“ von allen Parteien am stärksten staatsinterventionistisch positionieren.

Die befragten Linken stimmten sozioökonomisch am ehesten mit den Wertvorstellungen der SPD-Befragten überein und wiesen zur FDP den größten Unterschied auf: 86,9 Prozent (Antwortopti-

Abbildung 3: Wertvorstellungen der befragten Parteimitglieder im Vergleich



Frage: Hier sind einige gegensätzliche politische Aussagen angeführt. Bitte geben Sie an, ob Sie eher die eine oder die andere Position teilen – die Kästchen (fünf) dienen Ihnen zur Abstufung: 1. „Die Politik sollte sich aktiv um die Wirtschaft bemühen“ oder „Die Politik sollte sich aus der Wirtschaft heraushalten.“ 2. „Die Politik sollte sich in erster Linie um die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in unserem Land kümmern“ oder „Die Politik sollte ihr Hauptaugenmerk auf die Entfaltung unterschiedlicher Lebensstile richten.“
Quelle: IParl

on 1 und 2) bevorzugten eine aktive Steuerung der Wirtschaft durch die Politik. Nur 4,3 Prozent (Antwortoption 4 und 5) sprachen sich dafür aus, dass sich die Politik aus der Wirtschaft heraushalten solle. 8,8 Prozent ließen keine Tendenz erkennen. Der parteiinterne Ost-West-Vergleich macht deutlich, dass die befragten Mitglieder aus den neuen Bundesländern gesellschaftspolitisch etwas autoritärer und wirtschaftspolitisch etwas liberaler zu verorten sind. So befürworteten die Befragten der Linkspartei im Westen stärker eine aktive politische Steuerung der Wirtschaft (89,7 zu 79,8 Prozent im Osten) und die politische Maxime der freien Entfaltung unterschiedlicher Lebensstile (70,6 zu 56,3 Prozent im Osten).

Zweifelsohne verortet sich auch die Ost-Linke in den Bereichen die klassischerweise einer sozialistischen Partei zugeordnet werden können. Obiger Vergleich zeigt jedoch, dass die Wertvorstellungen der befragten Linken in den neuen Bundesländern eine Mittelposition zwischen denen der West-Linken und der Gesamt-SPD einnehmen.

Entscheidungsträger: Bei der Nominierung der Kandidaten hat jedes Parteimitglied dasselbe Stimmgewicht und damit formal denselben Einfluss auf die Auswahlentscheidung wie jedes andere Mitglied, das sich beteiligt. Die Realität zeigt aber, dass es Mitglieder gibt, die mehr Einfluss ausüben als andere. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn eine Person ein Parteiamt innehat, zu dessen Aufgaben die Organisation der Aufstellungsversammlung gehört. Auch Kreis- oder Landesvorstandsmitglieder, die sich Gedanken darüber machen, wer für eine Kandidatur in Frage käme und potenzielle Kandidaten ansprechen oder sogar selbst kandidieren, nehmen mehr Einfluss auf die Kandidatenaufstellung als der durchschnittliche Stimmberechtigte.

Je nachdem, ob ein Direktkandidat im Wahlkreis gewählt oder die Landesliste verabschiedet wird, werden unterschiedliche Akteure als **besonders einflussreich** erachtet. Nach Einschätzung der Befragten der Linkspartei im **Wahlkreis** sind auf einer Skala von 1 für gar keinen Einfluss bis 5 für sehr großen Einfluss die Wahlberechtigten der Aufstellungsversammlung (4,0), gefolgt von der Parteibasis (3,7) und dem Ortsvorstand (3,1) am einflussreichsten (Zahlenangabe als Mittelwerte). Den Kirchen bzw. religiösen Organisationen (1,5), Wirtschaftsverbände (1,6) sowie der Bundestagsfraktionsführung (1,8) wurde der geringste Einfluss zugeschrieben.

Bei der **Entscheidung über die Landesliste** wurde ebenfalls den Wahlberechtigten der Aufstellungsversammlung (4,2) und der Parteibasis der stärkste Einfluss zugeschrieben (3,3). An dritter Stelle wurde der Landesvorstand (3,3) genannt. Ein geringer Ein-

fluss wurde neben Kirchen bzw. religiösen Organisationen (1,6) und Wirtschaftsverbänden (1,7) auch Organisationen aus dem gesellschaftlichen Vorfeld der Partei (2,1) zugeschrieben.

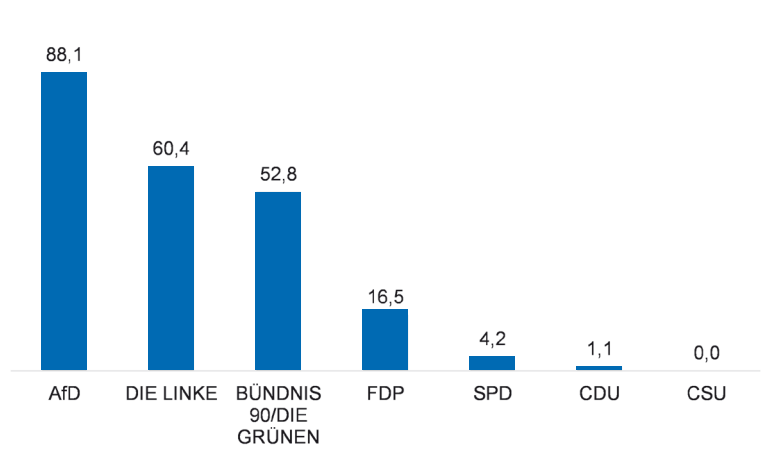
Der ermittelte Einflussgrad des Landesvorstandes ist parteienvergleichend als niedrig zu bewerten. Nur die Grünen und die AfD maßen ihm noch weniger Bedeutung bei (jeweils 3,0). Ein Grund hierfür könnte sein, dass bei den Linken (wie auch bei den Grünen und der AfD) nicht jeder Landesvorstand seinen Mitgliedern einen Listenvorschlag unterbreitete. Dies verdeutlicht zum Beispiel die Aussage eines Parteimitgliedes aus Nordrhein-Westfalen: „Der Landesvorstand spielt eine Rolle, aber der Landesvorstand macht in NRW offiziell keine Listenvorschläge.“ Darüber hinaus sei es einem Mitglied aus Baden-Württemberg zufolge auch nicht gut, „wenn sich der Landesvorstand zu sehr einmischt“. Dies könne nach dessen Meinung sogar „zum Nachteil der Kandidatinnen und Kandidaten sein“.

Wettbewerb um die besten Plätze: Bei der Linken waren viele Listenplätze umkämpft. Auf den untersuchten Versammlungen bewarb sich auf mehr als die Hälfte aller Listenplätze nicht nur ein Parteimitglied um die Nominierung. Mit Ausnahme der AfD fiel der Wettbewerb in den anderen Parteien geringer aus (siehe Abbildung 4).

Der Anteil der umkämpften Listenplätze sagt jedoch noch nichts darüber aus, wie stark sie umkämpft sind. So traten bei der Linken durchschnittlich 2,4 Bewerber pro Listenplatz an. Das sind mehr Bewerber als in den meisten anderen Parteien. Nur bei den Grünen (2,8) und der AfD (5,0) waren es durchschnittlich mehr Kandidaturen pro Listenplatz. Bei der FDP (1,4), SPD (1,1) und den beiden Unionsparteien (durchschnittlich ein Bewerber pro Listenplatz) fiel der Wettbewerb deutlich geringer aus.

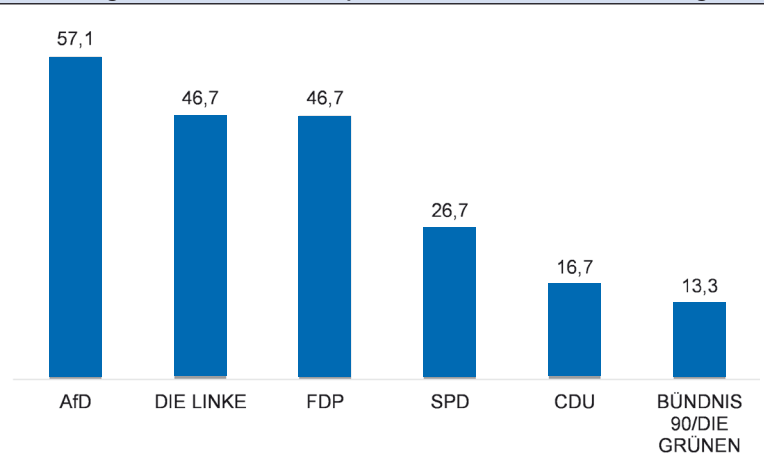
Obwohl die Linke im Vorfeld der Bundestagswahl nur wenig Aussichten auf Direktmandatsgewinne hatte, war das Mandat – ähnlich der Nominierungen auf Landesebene – bei über der Hälfte

Abbildung 4: Anteil der umkämpften Listenplätze im Vergleich



Quelle: IParl, Berechnung auf Grundlage der teilnehmenden Beobachtungen (N = 1.246 Listenplätze), Angaben in Prozent.

Abbildung 5: Anteil der umkämpften Direktkandidaturen im Vergleich



Anmerkung: Da nur drei CSU-Wahlkreisauflistungssammlungen besucht wurden, wurde auf eine Darstellung verzichtet.
 Quelle: IParl (N = 86 zufällig ausgewählte Wahlkreis-Aufstellungen), Angaben in Prozent.

aller untersuchten Wahlkreisveranstaltungen umkämpft (siehe Abbildung 5). Das intensive Wettbewerbsverhalten im Wahlkreis kann durch die Tatsache erklärt werden, dass die allermeisten Direktkandidaten vor der Wahl der Landesliste aufgestellt werden und die Kandidatur im Wahlkreis – wie bei den anderen Parteien üblicherweise auch – als zentrale Voraussetzung für einen erfolgversprechenden Listenplatz gilt.⁸

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Übernahme einer wenig aussichtreichen Direktkandidatur ein gewisses Maß an Einsatzbereitschaft für die Dienste der jeweiligen Partei signalisiert und sich dies positiv auf die Wahrnehmung durch die Nominierenden auswirkt. Bei der Linken traten durchschnittlich 1,6 Bewerber pro Wahlkreis an. Mehr Wettbewerb gab es nur bei der AfD (2,2), eine geringere Bewerberzahl hingegen bei der FDP und CDU (jeweils 1,5). SPD und Grüne wiesen mit 1,4 bzw. 1,1 Bewerbern im Durchschnitt den geringsten Wettbewerb im Wahlkreis auf.

8 Vgl. Suzanne S. Schüttemeyer / Roland Sturm, Der Kandidat – das (fast) unbekannte Wesen. Befunde und Überlegungen zur Aufstellung der Bewerber zum Deutschen Bundestag, in: ZParl, 36. Jg. (2005), H. 3, S. 548.

3. Was sollten die Kandidaten für eine Aufstellung mitbringen?

Die wichtigste Aufgabe der oben beschriebenen Auswählenden ist es zu entscheiden, wer wie aussichtsreich für den Deutschen Bundestag kandidieren darf. Aber nach welchen Kriterien geschieht dies? Was müssen Kandidaten mitbringen, um aufgestellt zu werden?

Jeder von ihnen verfügt über unterschiedliche **persönliche Eigenschaften, Ressourcen und Motive**, die ihm helfen können, die Aufstellung als Bundestagskandidat zu erreichen. Um zu bestimmen, welche davon den stimmberechtigten Mitgliedern vor Ort wichtig sind und welche eher nicht, wurde den Befragten eine Liste von 21 Kandidateneigenschaften vorgelegt. Deren Relevanz für ihre eigene Wahlentscheidung konnten sie von „sehr wichtig“ bis „gar nicht wichtig“ einschätzen. Eine detaillierte Übersicht über die Antworten findet sich in Tabelle 1 (aus Gründen der Übersichtlichkeit befindet sich diese im Anhang). Die folgenden Zahlen stellen jeweils die Summen der Antwortmöglichkeiten „wichtig“ und „sehr wichtig“ dar.

Zunächst fällt auf, dass die **Auswahlkriterien**, die von einer deutlichen Mehrheit von mindestens 75 Prozent der Befragten der Linken für wichtig bzw. sehr wichtig erachtet wurden, im Wahlkreis wie auf Landesebene annähernd dieselben sind. Auch unterscheiden sich die gewünschten Kandidatenmerkmale kaum zwischen den Parteien. Auf der Landesebene war die Übereinstimmung mit den politischen Positionen der Partei mit 96,4 Prozent Zustimmung das wichtigste Auswahlkriterium. Auf der Wahlkreisebene erachteten ähnlich viele Befragte (94,1 Prozent) dieses Kriterium für wichtig bzw. sehr wichtig. Noch mehr Zuspruch erfuhr dort lediglich die **Verbundenheit mit der Parteibasis** (95,2 Prozent), welche auf der Landesebene mit 96,1 Prozent das zweitwichtigste Kriterium darstellt.

Weitere wichtige Auswahlkriterien im Wahlkreis sind mit jeweils 90,8 Prozent, der **Sachverstand in bestimmten Politikbereichen** und die **Bürgernähe**. Gerade im Wahlkreis haben die Kandidaten der Linkspartei oftmals die Aufgabe, trotz ihrer eher geringen Aussicht auf ein Direktmandat, Präsenz zu zeigen und so viele potenzielle Wähler wie möglich zu mobilisieren. Aussicht auf Erfolg wurde nur wenigen zugeschrieben. Ein Parteimitglied aus Sachsen-Anhalt äußerte diesbezüglich, dass Direktmandate die Ausnahme darstellen würden und deshalb „ist es bei der Kandidatensuche wichtig jemanden zu haben, der so viel Kompetenz hat und auch Bekanntheitsgrad und politische Erfahrung, dass man versucht ihn über die Liste reinzubringen.“ Zudem verdeutlicht ein Mitglied aus Hessen die regionalen Unterschiede hinsichtlich der Erfolgchancen, denn die Linken sei „eine Partei, die in der Regel keine Direktmandate gewinnt, zumindest nicht im Westen.“

Ebenfalls zu den fünf wichtigsten Auswahlkriterien auf Landes- und Wahlkreisebene zählt die Übereinstimmung mit den inhaltlichen Positionen der Auswählenden. 89,1 Prozent im Wahlkreis und 92,3 Prozent auf der Landesebene wünschten sich, dass die Kandidaten ihre eigenen Positionen vertreten.

Aufhorchen lässt der Befund, dass teils schwer miteinander zu vereinbarende Anforderungen an die Kandidaten gestellt werden. Sie sollen gleichzeitig **Lebenserfahrung außerhalb der Partei** gesammelt (75,1 bzw. 82,9 Prozent auf Wahlkreis- bzw. Landesebene) und sich in der **Partei vor Ort bewährt** haben (77,7 Prozent und 77,9 Prozent auf Wahlkreis- bzw. Landesebene empfanden dies als wichtig oder sehr wichtig). Hier zeigt sich: Diejenigen, die die Kandidaten auswählen, wollen, dass künftige Bundestagsabgeordnete sich nicht nur in der Partei engagieren, sondern auch mit „beiden Beinen im Leben stehen“.

Politische Erfahrung können Parteimitglieder schon auf der lokalen Ebene, etwa als Stadtrat, sammeln. Nicht umsonst wird die Kommune als „Schule der Demokratie“ bezeichnet. Immerhin

60,9 Prozent der Befragten auf Wahlkreis- und 63,1 Prozent auf Landesebene bewerteten kommunalpolitische Erfahrung als sehr wichtig bzw. wichtig. Damit rangiert diese geringfügig vor landespolitischer Erfahrung mit 53,3 und 58,9 Prozent Zustimmung.

Auch der Auftritt auf der Nominierungsveranstaltung kann über Erfolg oder Misserfolg einer Kandidatur entscheiden. So maßen mehr als zwei Drittel (68,3 Prozent) der insgesamt befragten Mitglieder der Linken der **Bewerbungsrede** eine große Bedeutung zu. Für die individuelle Abstimmungsentscheidung wird die Rede wohl aber vor allem dann relevant, wenn mehrere Kandidaten antreten. Im Parteienvergleich fällt auf, dass bei den Grünen, die als eine Partei gelten, deren Parteitage immer für Überraschungen sorgen können, mit 80,3 Prozent die meisten Befragten die Bewerbungsrede als wichtig oder sehr wichtig einschätzen.⁹

Während die **Attraktivität bzw. gutes Aussehen** der Kandidaten nur für 16,6 Prozent der Befragten ein relevantes Auswahlkriterium darstellt, wird dennoch darauf Wert gelegt, dass die Kandidaten ein gepflegtes Erscheinungsbild an den Tag legen. Dies war insgesamt 62,1 Prozent der befragten Mitglieder der Linken wichtig oder sehr wichtig. Im Parteienvergleich bewerten sie diese Items ähnlich wie die Befragten von Grüne und SPD. Von etwas größerer Bedeutung sind Aussehen und Erscheinungsbild bei CDU, CSU, FDP und AfD.

Ein **Dokortitel** wird in allen Parteien von der überwiegenden Mehrheit der Befragten als vollkommen unwichtiges Merkmal betrachtet. Nur 1,6 Prozent der Auswählenden im Wahlkreis und 1,0 Prozent auf Landesebene maßen dem Titel eine Bedeutung für die Nominierung zu.

Ein vorhandenes **Bundestagsmandat** wird als nur geringfügig wichtiger als ein Dokortitel eingestuft. Dieser Befund verwundert,

⁹ Wird nur ein Wert angegeben, stellt dieser den Durchschnitt von Wahlkreis- und Landesebene dar.

denn seit den ersten Forschungsarbeiten zur Kandidatenaufstellung in Deutschland¹⁰ gilt ein vorhandenes Bundestagsmandat als beste Voraussetzung, um wieder nominiert zu werden. Abgeordnete können bei der Kandidatenaufstellung aufgrund ihrer Amtserfahrung auf Ressourcen und Fähigkeiten zurückgreifen, die Bewerber ohne ein Mandat nur unter erschwerten Bedingungen erlangen können. Hinzu kommt das hohe Ansehen, das Bundestagsabgeordneten von Seiten der Parteimitglieder und damit in Teilen auch den Auswählenden, für ihre Arbeit entgegengebracht wird. Von daher werden Amtsinhaber nur selten herausgefordert und noch seltener tatsächlich gegen ihren Willen nicht erneut aufgestellt.

Dies lässt sich parteiübergreifend auch für die Bundestagswahl 2017 bestätigen. Von den 630 Abgeordneten des 18. Deutschen Bundestags traten 520 wieder an. Nur in Einzelfällen wurden Abgeordnete nicht wieder aufgestellt, wenn sie eine weitere Kandidatur angestrebt hatten. 420 von den 520 wiedernominierten Parlamentariern wurden dann auch in den 19. Deutschen Bundestag gewählt. Dass es 100 von ihnen dennoch nicht erneut geschafft haben, ist vor allem auf die Stimmenverluste von CDU, CSU und SPD zurückzuführen.

Obwohl die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten für eine weitere Amtszeit gewählt wurde, ist für die Befragten aller Parteien ein vorhandenes Bundestagsmandat allein kein hinreichendes Auswahlkriterium. Vielmehr kommt es auf die oben genannten Kriterien an, durch die sich Abgeordnete üblicherweise besonders auszeichnen.

Von den insgesamt 355 Kandidaten der Linken, die sich im Wahlkreis und auf Landeslisten für ein politisches Mandat haben

¹⁰ Exemplarisch sei hier genannt: Bodo Zeuner, Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 1965. Untersuchungen zur innerparteilichen Willensbildung und zur politischen Führungsauslese, Dordrecht 1970.

aufstellen lassen, waren 52 bereits Abgeordnete im 18. Deutschen Bundestag. Von den 69 gewählten DIE LINKE-Abgeordneten saßen 42, also knapp 61 Prozent auch schon im letzten Bundestag. Damit stellt die Linkspartei – FDP und AfD ausgenommen – den geringsten Anteil an Abgeordneten, die bereits in der vergangenen Legislatur vertreten waren. Sowohl bei den Grünen (73,1 Prozent) als auch den Unionsparteien (80,5 Prozent bei CDU und 82,6 Prozent bei CSU) ist der Anteil deutlich höher. Bei der SPD waren sogar 85 Prozent der Abgeordneten der 19. Wahlperiode bereits im vorherigen Bundestag vertreten.

Im Kontrast dazu stehen die Befragungsergebnisse aller Parteien, denen zufolge ein vorhandenes Bundestagsmandat allein kein hinreichendes Auswahlkriterium ist. Vielmehr zeichnen sich Abgeordnete üblicherweise durch eine Vielzahl der oben genannten Kriterien aus und treffen daher auf großen Zuspruch seitens der Auswählenden.

Fasst man die Ergebnisse zusammen, wünschten sich die befragten Mitglieder der Linken Kandidaten, die sich mit der Parteilinie im Allgemeinen sowie deren politischen Positionen im Speziellen identifizieren können. Potentielle Kandidaten der Linkspartei sollten ein hohes Maß an Bürgernähe mitbringen und politischem Sachverstand mitbringen. Angesichts der zunehmenden Bedeutung der medialen Vermittlung von Politikinhalt betonte eine deutliche Mehrheit, dass eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit für sie ebenso ein wichtiges Kandidatenmerkmal darstellt.

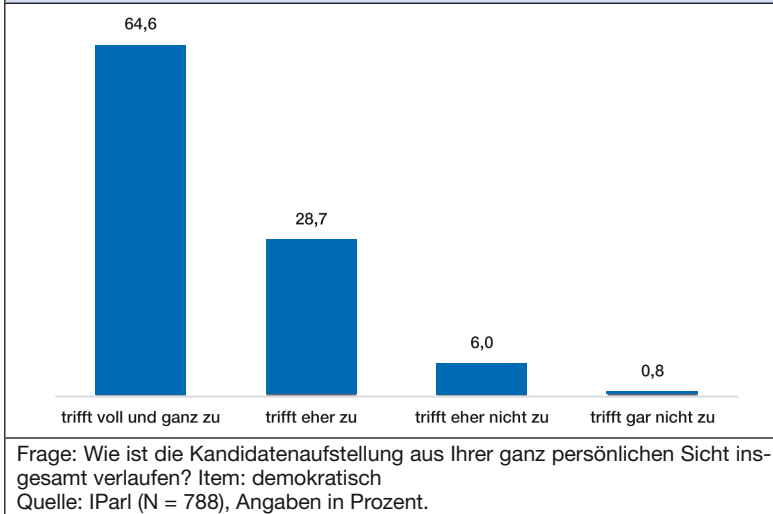
4. Wie werden die Aufstellungsprozesse bewertet?

Die Linke versteht sich selbst als Partei der sozialistischen Alternative. Ein besonderer Fokus wird dabei auf den Abbau bestehender Ungleichheitsverhältnisse und einen größtmöglichen Grad an Inklusion im demokratischen Prozess gelegt. Da der überwiegende Teil ihrer Abgeordneten über die Landeslisten in den Bundestag einziehen, sollten auch die eigenen Aufstellungsverfahren diesem hohen demokratischen Anspruch Rechnung tragen. Gerade deswegen interessieren im Hinblick auf die Durchführung der Kandidatenaufstellung folgende Fragen: Wie zufrieden waren die Mitglieder mit der Kandidatenaufstellung? Wie gut fühlten sie sich eingebunden? Empfanden sie die Kandidatenaufstellung als demokratisch? Ist der Nominierungsprozess zu kompliziert? Hielt er Überraschungen bereit, oder waren die Ergebnisse vorhersehbar? Und wie stand es um die Transparenz?

Annähernd zwei Drittel (64,6 Prozent) der befragten Mitglieder der Linken bewerteten das jeweilige Aufstellungsverfahren als voll und ganz **demokratisch** (siehe Abbildung 6). 28,7 Prozent der an der Bewerberauswahl Beteiligten stimmten dem eher zu. Die Einschätzung zum demokratischen Gehalt bewegte sich in den anderen Parteien ebenfalls auf einem sehr hohen Niveau. Am höchsten waren die Zustimmungswerte bei der AfD (75,8 Prozent); der geringste Wert fand sich hingegen bei der SPD (55,8 Prozent).

Die Zuschreibung „demokratisch“ kann, wie alle anderen hier verwendeten Bewertungsmaßstäbe, unterschiedlich verstanden werden. Aufgrund des Kontextes liegt es jedoch nahe, Zufriedenheit mit dem Demokratiegehalt als Zufriedenheit mit den eigenen Möglichkeiten, Einfluss auszuüben, aufzufassen. Deutlich wird dies auch daran, dass 98 Prozent derer, die bei der Linken mit dem Angebot an Beteiligungsmöglichkeiten bei der Kandidatenaufstellung (sehr) zufrieden waren, das Nominierungsverfahren als demokratisch erachteten. Eher formale Anforderungen an demo-

Abbildung 6: Demokratische Kandidatenaufstellung bei der Linken?



kratische Verfahren wie gleiche und geheime Wahlen sind gesetzlich normiert und können als gegeben betrachtet werden. Aus Sicht der Studienteilnehmer gab es somit wenig Reformbedarf, die Nominierungsprozesse demokratischer zu gestalten.

In Anbetracht der hohen Zufriedenheitswerte bei der Aussage, die Kandidatenaufstellung sei demokratisch verlaufen, stellt sich die Frage, ob ein demokratisches Verfahren zugleich ein effizientes sein kann. Lange Diskussionen und Abstimmungen mit möglichst vielen Teilnehmern werden zwar als demokratisch wahrgenommen, doch können sie auch als effizient beurteilt werden?

Der Aussage, die Kandidatenaufstellung sei **effizient** verlaufen, stimmten 33,4 Prozent der Befragten der Partei voll und 51,9 Prozent zumindest eher zu (siehe Abbildung 7). Zur Effizienz dürften vor allem strukturierende Maßnahmen wie offizielle und inoffizielle Listenvorschläge sowie eine begrenzte Zeitdauer der Parteitage beitragen. Liegt kein Listenvorschlag vor, ist die Bewerberlage unübersichtlich, und es treten in einer Vielzahl der Fälle mehrere

Die Kandidatenaufstellung der Partei DIE LINKE

Kandidaturwillige an. Dies führt zu mehr und längeren Wahlgängen und damit Parteitag, die als ineffizient empfunden werden können. In der Zeit, in der beispielsweise die AfD in Sachsen-Anhalt sich auf eine Wahlordnung für die Wahl der Bewerber verständigte, stellte die SPD in Nordrhein-Westfalen eine Landesliste von 86 Personen auf.

Dass die Befragten der Linkspartei, denen in 4 von 8 untersuchten Fällen ein Listenvorschlag vorgelegt wurden, die Aufstellung mit 85,3 Prozent als sehr oder eher effizient bewerteten, zeigt jedoch, entgegen der eingangs formulierten Vermutung, dass demokratische und effiziente Verfahren aus Sicht der Befragten keine Gegensätze sein müssen. Allerdings ist bei der Interpretation dessen die – nicht quantifizierbare – soziale Erwünschtheit bei der Beantwortung eines Fragebogens einzukalkulieren, also das Bestreben, die eigene Partei nicht ins „schlechte Licht zu rücken“.

Weniger als ein Viertel der Befragten (24,7 Prozent) stufen die Kandidatenaufstellungen als **kompliziert** ein: davon 4,8 Prozent voll und ganz und 19,9 Prozent eher kompliziert (siehe Abbildung

Abbildung 7: Effiziente Kandidatenaufstellung bei der Linken?

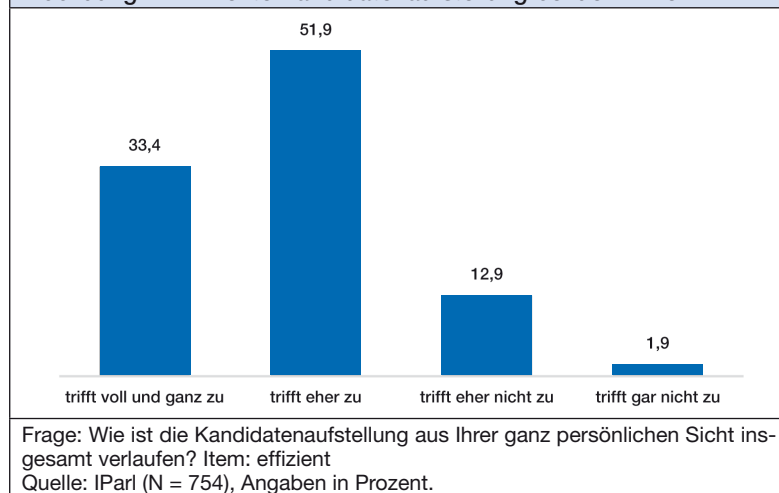
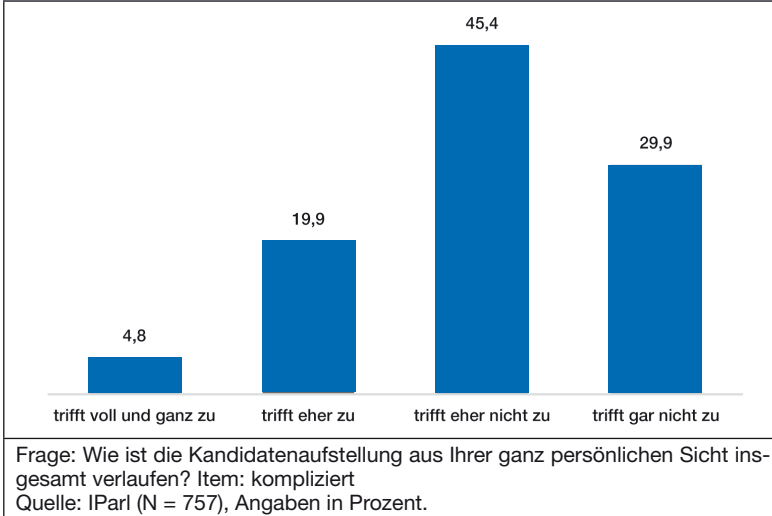


Abbildung 8: Komplizierte Kandidatenaufstellung bei der Linken?



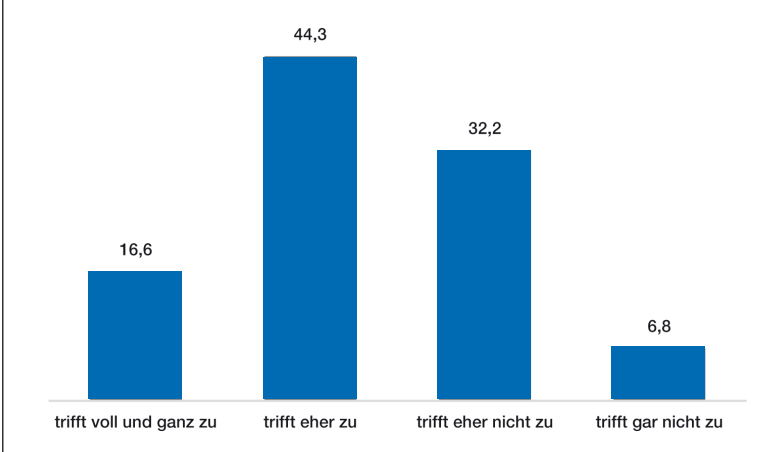
8). Im Parteienvergleich nimmt DIE LINKE damit eine Mittelposition ein. Am kompliziertesten fanden die Mitglieder von AfD (36,1 Prozent) und SPD (33,2 Prozent) ihr jeweiliges Aufstellungsverfahren. Zum vergleichsweise hohen Empfinden der Aufstellungsver-sammlungen als kompliziert, hat höchstwahrscheinlich beigetragen, dass für die AfD-Bundestagslisten sehr unterschiedliche Wahlverfahren zur Anwendung kamen. In aller Regel war das genaue Verfahren nicht Teil der Landessatzung, weshalb der geeignete Wahlmodus auf der Aufstellungsveranstaltung besprochen, diskutiert und beschlossen wurde. Bei den beobachteten Veranstaltungen der Linken wurden zumeist die vorderen Listenplätze im Einzelwahlverfahren und die hinteren Plätze im Blockwahlverfahren gewählt. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle benötigten die Aspiranten in den ersten beiden Wahlgängen des Einzelwahlverfahrens die absolute Mehrheit, um aufgestellt zu werden.

Trotz der klaren Strukturierung der Wahlregeln, wurden auf den Aufstellungsver-sammlungen der Linken verschiedene Spontanan-

träge – wie beispielsweise das Rederecht für Nicht-Mitglieder – zugelassen. Sowohl das Vorhandensein von Listenvorschlägen als auch eine prinzipielle Offenheit in organisatorischen Fragen können einen Einfluss auf die Bewertung der **Vorhersehbarkeit** der Kandidatenaufstellung haben. So stuften 39,0 Prozent der befragten Linke-Mitglieder die Kandidatenaufstellung als eher nicht (32,2 Prozent) bzw. gar nicht vorhersehbar (6,8 Prozent) ein. Im Partei-energleich bewerten lediglich die Befragten der AfD (57,3 Prozent insgesamt) ihre Aufstellungsversammlungen als noch weniger vorhersehbar (siehe Abbildung 9). Bei der CSU gaben hingegen 91,0 Prozent an, dass der Verlauf voll und ganz bzw. eher vorhersehbar war.

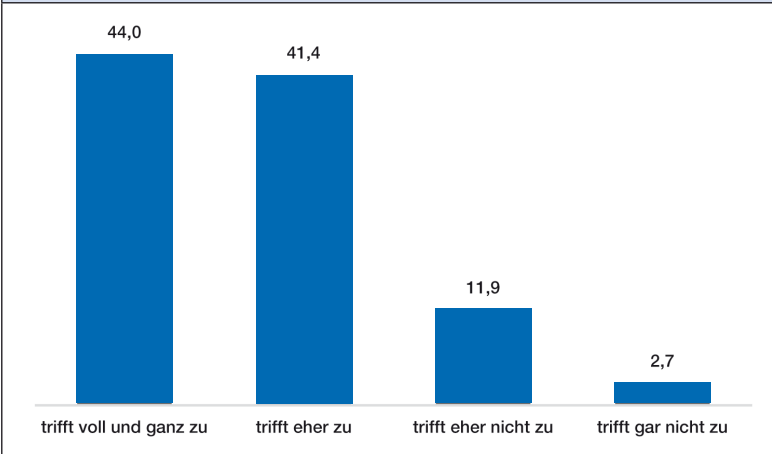
Erfahrene Parteipolitiker, die im Allgemeinen einen Großteil der Anwesenden auf Aufstellungsversammlungen ausmachen, kennen das Verfahren und haben Einsicht in die Hintergrundprozesse, die dem ‚einfachen‘ Mitglied oder der Öffentlichkeit verschlossen bleiben. Es ist unter anderem daher nicht überraschend, dass es auch bei anderen Parteien zu ähnlich hohen Transparenz-Bewertungen kam. Bei der SPD, die diesbezüglich die geringsten Werte vorzuweisen hat, waren immerhin noch 74,1 Prozent der Befragten der Ansicht, das Verfahren sei transparent gewesen. Bei der CSU gaben dies die meisten Befragten (92,6 Prozent) an. Egal wie unterschiedlich die Verfahren zur Bestimmung der Kandidaten für die Bundestagswahl auch sind, sie werden von einer großen Mehrzahl der Befragten als transparent empfunden.

Abbildung 9: Vorhersehbare Kandidatenaufstellung bei der Linken?



Frage: Wie ist die Kandidatenaufstellung aus Ihrer ganz persönlichen Sicht insgesamt verlaufen? Item: vorhersehbar
Quelle: IParl (N = 769), Angaben in Prozent.

Abbildung 10: Transparente Kandidatenaufstellung bei der Linken?



Frage: Wie ist die Kandidatenaufstellung aus Ihrer ganz persönlichen Sicht insgesamt verlaufen? Item: transparent
Quelle: IParl (N = 771), Angaben in Prozent.

5. Welches Verfahren der Kandidatenaufstellung wünschen sich die Mitglieder?

Zu den französischen Präsidentschaftswahlen 2017 führte die konservative Partei Les Républicains erstmalig offene Vorwahlen durch. Das heißt, es konnten auch Nicht-Parteimitglieder darüber abstimmen, wer der Präsidentschaftskandidat der Partei werden sollte. Für Parlamentswahlen kam das Verfahren zuletzt beispielsweise bei der Conservative Party in Großbritannien und der Österreichischen Volkspartei zum Einsatz. Stärker begrenzt wird der Personenkreis hingegen, wenn nur die jeweiligen Parteivorstände über die Bewerberauswahl entscheiden können. Beispiele hierfür liefern etwa die Demokratische Partei (Partito Democratico) in Italien und die „Ein-Mann-Partei“ von Geert Wilders Partij voor de Vrijheid in den Niederlanden.

In Deutschland sind weder offene Vorwahlen noch reine Vorstandsbeschlüsse zur Nominierung von Kandidaten zulässig. Das Bundeswahlgesetz schreibt, wie weiter oben gezeigt, die Aufstellung der Bundestagskandidaten auf einer Mitglieder- oder Delegiertenversammlung vor.

Die abstimmungsberechtigten Mitglieder der Linken wurden gefragt, welche der vier Varianten: Aufstellung durch 1. die wahlberechtigte Bevölkerung, 2. die Parteimitglieder, 3. die Delegierten oder 4. den Parteivorstand, ihrer Meinung nach – unabhängig von rechtlichen Fragen – das beste Nominierungsverfahren sei. Auf der **Wahlkreisebene** präferierten bei der Linken fast drei Viertel (74,3 Prozent) die Mitgliederversammlung (siehe Abbildung 11). Jedes fünfte befragte Mitglied (20,8 Prozent) bevorzugte das Delegiertenprinzip, das jedoch in der zugrundeliegenden Zufallsstichprobe nur in 2 von 15 Fällen angewandt wurde.

Für die exklusive Auswahl durch den Parteivorstand trat lediglich eine Person (0,5 Prozent) ein. In den anderen Parteien maßen die Mitglieder diesem Verfahren ebenfalls sehr wenig Zustimmung

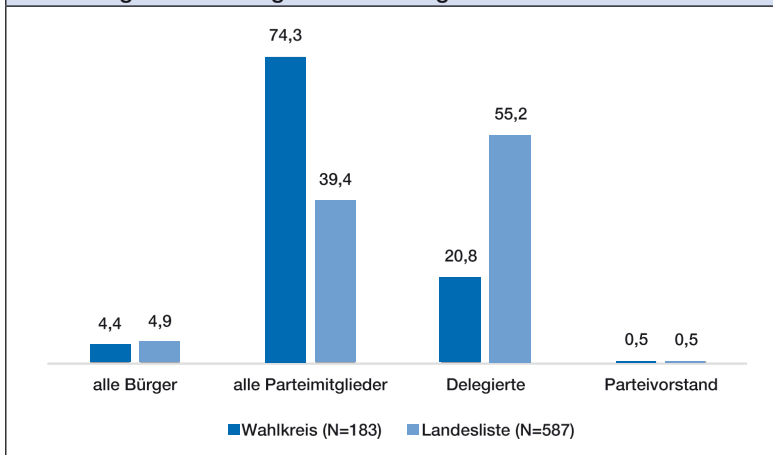
Welche Verfahren werden bevorzugt?

zu. Die Möglichkeit, alle Bürger im Wahlkreis einzubeziehen, empfanden 4,4 Prozent der befragten Linkspartei-Mitglieder als erstrebenswert. Die meisten Befürworter fand dieses Verfahren bei FDP (7,1 Prozent) und AfD (9,2 Prozent).

Die Auswahl der Bewerber durch den Parteivorstand fand auch auf der **Landesebene** so gut wie keine Unterstützung: Ähnlich wie in den anderen Parteien wollten nur sehr wenige Mitglieder der Linken die Nominierungsentscheidung allein der Parteiführung überlassen (0,5 Prozent). Eine Verfahrensöffnung für alle Bürger wünschten sich 4,9 Prozent, was im Parteienvergleich die zweithöchste Zustimmungsrate darstellt.

Die meisten Befragten der Partei DIE LINKE bevorzugten die Durchführung von Delegiertenversammlungen (55,2 Prozent). Dies verwundert insofern nicht, als die Linkspartei fast alle Landeslistennominierungen als Delegiertenversammlungen durchführte. Nur in Bremen und dem Saarland wurden Mitgliederversammlun-

Abbildung 11: Bevorzugtes Aufstellungsverfahren bei der Linken



Frage: Es existieren ja verschiedene Verfahren zur Nominierung von Wahlkreis-kandidat/innen bzw. Listenkandidat/innen. Welches wäre Ihrer Meinung nach das beste Verfahren, unabhängig von rechtlichen Fragen?

Quelle: IParl, Angaben in Prozent.

gen durchgeführt (vgl. Kapitel 2). Diese Variante favorisierten jedoch immerhin fast 40 Prozent der Auswählenden. Für eine mögliche Verfahrensöffnung auf Landesebene würde folglich eine breite Unterstützungsbasis bestehen.

Die Studienteilnehmer aller anderen Parteien – mit Ausnahme der AfD – stimmten auf Landesebene ebenfalls mehrheitlich für das Delegiertenprinzip: Am deutlichsten trifft dies für die CSU zu, während sich in SPD und FDP, ähnlich wie bei der Linken, eine knappe absolute Mehrheit für das Delegiertenverfahren aussprach. Bei CDU und Grünen wurden von 66,8 bzw. 60,8 Prozent der Befragten Delegiertenversammlungen präferiert.

Trotz der Unterschiede im Detail fällt im Vergleich der Parteien eine Gemeinsamkeit auf: In allen Parteien sprachen sich mindestens 90 Prozent der Befragten für die im Bundeswahlgesetz vorgesehenen Aufstellungsverfahren, also für Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen, aus. Auf Wahlkreisebene waren die Studienteilnehmer überwiegend mit dem Status Quo zufrieden. Die fast überall gängigen Mitgliederversammlungen werden also angenommen, und es besteht aus dieser Perspektive kein großer Bedarf, das Verfahren weiter zu öffnen oder zu Delegiertenversammlungen zurückzukehren. Auf Landesebene sprechen sich nur die AfD-Befragten mehrheitlich (69,1 Prozent) für Mitgliederversammlungen aus. Jedoch trifft dies auch für über ein Drittel der Mitglieder von der Linken (39,4 Prozent), der SPD (37,7 Prozent), den Grünen (36,5 Prozent) und der FDP (37,4 Prozent) zu.

Dabei sollte berücksichtigt werden, welche Erwartungen mit Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen verbunden sind. Auf Mitgliederversammlungen gewählte Kandidaten könnten für sich in Anspruch nehmen, mehr Zustimmung seitens der Parteibasis zu haben. Auch die Wettbewerbssituation könnte eine andere sein. Eher parteikritische Bewerber, die gegen Parteigranden oder Amtsinhaber antreten, haben auf Mitgliederversammlungen möglicherweise bessere Chancen. Über die Einbeziehung aller Mitglie-

der kann darüber hinaus die Parteibasis mobilisiert und Nichtmitgliedern ein guter Grund geboten werden, in die Partei einzutreten. Ein solcher Anreiz wäre gegeben, wenn Neumitglieder ohne große Beschränkungen über die Auswahl der Kandidaten für die Bundestagswahl mitbestimmen könnten.

Dem stehen berechtigte Bedenken gegenüber. Parteivorstände warnen vor so genannten Zufallsmehrheiten, also Mehrheiten, die innerparteiliche Machtverhältnisse nicht widerspiegeln. Ähnlich problematisch wären Verzerrungen regionaler Mitgliederverteilungen. So könnte der ausrichtende Orts- oder Kreisverband deutlich leichter seine Mitglieder zur Teilnahme am Parteitag mobilisieren als weit entfernte Verbände. Während von Mitgliederversammlungen aktivierende und partizipationsverstärkende Effekte erwartet werden, könnten sie aber auch das genaue Gegenteil bewirken: Das Delegiertenamt üben meist aktivere Parteimitglieder aus. Mitgliederversammlungen würden deshalb das Engagement der Aktiven entwerten und könnten dieser Gruppe einen Anreiz nehmen, sich einzubringen. Ebenso kann die offenere Wettbewerbssituation auf Mitgliederversammlungen dazu führen, dass weniger ausgewogene Wahlvorschläge erstellt werden. So könnten Bewerber mit besonderen Merkmalen, wie etwa junge und/oder Mitglieder mit Migrationshintergrund, weniger aussichtsreiche Positionen erhalten, als wenn die Liste auf einer Delegiertenversammlung erstellt worden wäre.

Inwiefern die Auswählenden der Linkspartei diese Bedenken und Hoffnungen teilen, wurde ebenfalls abgefragt. So konnten sich 73,3 Prozent der Befragten vorstellen, dass von Mitgliederversammlungen ein Mobilisierungsschub für die Parteiarbeit ausgeht. 50,3 Prozent nahmen zudem an, dass dieser Mobilisierungseffekt auch über die Partei hinauswirkt und zu mehr Parteieintritten führt. Auch bei den anderen Einschätzungen waren die Befragten der Linken durchaus gespalten. So hielt nur eine sehr knappe Mehrheit der Befragten eine Änderung der Wettbewerbssituation

auf Mitgliederversammlungen zugunsten parteikritischerer Bewerber (53,7 Prozent) für denkbar. Etwa 4 Prozent weniger (49,0 Prozent) stimmten der Aussage zu, dass etwaige Herausforderer von Amtsinhabern auf Mitgliederversammlungen bessere Chancen besäßen. Die These, dass auf Mitgliederversammlungen aufgestellte Kandidaten sich auf eine höhere Legitimität stützen können, fand breite Unterstützung (63,6 Prozent).

Wiederum geringer fiel die Zustimmung zugunsten der Gründe aus, die eher für eine Delegiertenversammlung sprechen. Nur eine Minderheit der Befragten (39,1 Prozent) gab an, dass sie es gerechtfertigt fänden, wenn diejenigen, die engagiert in der Partei mitarbeiten, auch mehr Einfluss auf die Kandidatenaufstellung ausüben können. Unwesentlich mehr Mitglieder (41,3 Prozent) nahmen an, Kandidaten mit besonderen Merkmalen, wie etwa Migrationshintergrund, würden eher auf Delegierten- als auf Mitgliederversammlungen aufgestellt werden.

Zusammengefasst ist festzuhalten, dass die befragten Linkspartei-Mitglieder auf der Wahlkreisebene mit den überwiegend praktizierten Mitgliederversammlungen sehr zufrieden sind. So differenziert die generelle Bewertung einer Inklusion aller Mitglieder ausfällt, ist auch die Einschätzung des bevorzugten Verfahrens auf der Landesebene. Eine knappe Mehrheit sprach sich für Delegiertenversammlung aus, gleichwohl eindeutig eine beträchtliche Nachfrage nach einer Öffnung der vorherrschenden Verfahrensweise vorhanden ist.

6. Zusammenfassung: Wer wählt wen, wie und warum in der Linken aus?

Die Linke ist zum vierten Mal in Folge in Fraktionsstärke im Bundestag vertreten. Ihre Wahlbewerber für den Parlamentseinzug hatte sie zuvor auf einer Vielzahl von Versammlungen auf der Wahlkreis- und der Landesebene ausgewählt. Das Gros der Abgeordneten der 19. Wahlperiode zog über die Landesliste in den Bundestag ein, fünf Abgeordnete konnten ein Direktmandat erlangen.

An den Nominierungen beteiligt waren mehrheitlich männliche, gut gebildete und im Parteienvergleich mit durchschnittlich 49 Jahren eher jüngere Mitglieder. Der Männeranteil überwiegt zwar, ist jedoch deutlich geringer als in den meisten anderen untersuchten Parteien. Die Mitglieder der Linken verorteten sich im sozio-ökonomisch-soziokulturellen Konfliktkreuz gesellschaftspolitisch stärker libertär und befürworteten eine aktive Lenkung der Wirtschaft durch die Politik. Auf der Wahlkreisebene durfte man fast überall direkt, das heißt ohne Delegiertenstatus, an der Kandidatenaufstellung mitwirken. Auf der Landesebene wurden die Kandidaten in den häufigsten Fällen auf Delegiertenversammlungen aufgestellt. Ausnahmen stellten die Landeslistennominierungen in Bremen und im Saarland dar, die als einzige Verbände Mitgliederversammlungen durchführten.

Vor allem die Vorstände auf Landes-, Bezirks- und Kreisebene beeinflussen maßgeblich, welche Kandidaten für den Bundestag aufgestellt werden. Das letzte Wort haben dennoch die Stimmberechtigten, die deshalb auf der Wahlkreis- und der Landesebene als die einflussreichste Gruppe gewertet wurde. Diese können jedoch nur dann eine Auswahlentscheidung treffen, wenn sich mindestens zwei Bewerber um eine Nominierung bemühen. Sowohl auf Wahlkreis- als auch auf Landesebene gab es in etwa der Hälfte der untersuchten Fälle Wettbewerb zwischen Kandidaturwilligen.

Die Kandidatenaufstellung der Partei DIE LINKE

Bei der Auswahl achteten die Stimmberechtigten vor allem darauf, Bewerber auszusuchen, die die politischen Positionen der Partei und der Auswählenden nach außen vertreten und eine enge Rückkopplung zur Parteibasis aufweisen. Dazu sollten sie gleichzeitig auch außerhalb der Partei verschiedene Erfahrungen gesammelt haben und ein ausreichend hohes Maß an politischem Sachverstand mitbringen. In der Mehrheit waren die Befragten zufrieden mit der Kandidatenaufstellung. Sie schätzten sie als überwiegend demokratisch, effizient, unkompliziert und transparent ein.

Anhang

Tabelle 1: Rangfolge der gewünschten Kandidatenmerkmale				
Item	Wahlkreisebene		Landesebene	
	Rangplatz	Anteil sehr wichtig und wichtig in Prozent	Rangplatz	Anteil sehr wichtig und wichtig in Prozent
Verbundenheit mit unserer Parteibasis	1	95,2	2	96,1
gute Chance, Wählerstimmen zu gewinnen	7	87,0	7	88,9
Erfahrungen in der Kommunalpolitik	14	60,9	13	63,1
Erfahrungen in der Landespolitik	15	53,3	15	58,9
Bewährung in meiner Partei vor Ort	9	77,7	10	77,9
persönliche Ausstrahlung	8	85,9	6	89,1
Führungsfähigkeit	11	71,0	11	69,4
inhaltliche Positionen, die mit meinen übereinstimmen	5	89,1	5	92,3
Übereinstimmung mit den politischen Positionen meiner Partei	2	94,1	1	96,4
Lebenserfahrung auch außerhalb der Partei	10	75,1	9	82,9
Sachverstand in bestimmten Politikbereichen	4	90,8	3	95,9
Bekanntheit in der Bevölkerung	16	50,3	16	58,1
persönliche Bekanntschaft mit dem/der Kandidat/in	19	19,7	18	19,4
wirksame politische Öffentlichkeitsarbeit	6	87,5	8	87,3
gepflegtes Erscheinungsbild	13	63,6	14	61,7
Attraktivität, gutes Aussehen	18	21,1	19	15,3
Dokortitel	21	1,6	21	1,0
überzeugende Bewerbungsrede	12	65,8	12	69,0
vorhandenes Bundestagsmandat	20	8,2	20	7,9
Bürgernähe	3	90,8	4	93,4
ist bzw. wird auch auf einem vorderen Listenplatz/im Wahlkreis nominiert	17	28,3	17	56,1
Frage: Wie wichtig sind Ihnen folgende Kandidatenmerkmale für die Nominierung im Wahlkreis/ auf einen aussichtsreichen Listenplatz? Sind sie sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig? Quelle: IParl				

Die Kandidatenaufstellung der Partei DIE LINKE

Tabelle 2: Einschätzungen zu Mitgliederversammlungen bei den Linken

Item	Anteil in Prozent
höhere Legitimität	63,6
kritische Mitglieder	53,7
Herausforderer	49,0
Mobilisierungsschub	73,3
Anreiz zum Parteibeitritt	50,3

Frage: Zur Kandidatennominierung auf Mitglieder- oder auf Delegiertenversammlungen gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Hier sind einige aufgeführt. Geben Sie bitte jeweils an, ob Sie dieser Einschätzung voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.

- Auf einer Mitgliederversammlung aufgestellte Kandidat/innen verfügen über eine höhere Legitimität, als durch Delegierte aufgestellte Kandidat/innen. (N = 770)
- Auf Mitgliederversammlungen haben Kandidat/innen, die gelegentlich auch kritisch mit der eigenen Partei umgehen, bessere Chancen als auf Delegiertenversammlungen. (N = 775)
- Herausforderinnen und Herausforderer von amtierenden Bundestagsabgeordneten haben auf Mitgliederversammlungen bessere Chancen als auf Delegiertenversammlungen. (N = 770)
- Von Mitgliederversammlungen geht ein Mobilisierungsschub für die Parteiarbeit aus. (N = 776)
- Kandidatenaufstellungen auf Mitgliederversammlungen stellen einen Anreiz zum Parteieintritt dar. (N = 765)

Quelle: IParl

Tabelle 3: Einschätzungen zu Delegiertenversammlungen bei den Linken

Item	Anteil in Prozent
besondere Merkmale	41,3
Aktive	39,1

Frage: Zur Kandidatennominierung auf Mitglieder- oder auf Delegiertenversammlungen gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Hier sind einige aufgeführt. Geben Sie bitte jeweils an, ob Sie dieser Einschätzung voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.

- Auf Delegiertenversammlungen haben Kandidat/innen mit besonderen Merkmalen, wie etwa Migrationshintergrund, bessere Chancen, aufgestellt zu werden. (N = 775)
- Diejenigen, die in den Gremien aktiv mitarbeiten, sollten auf die Aufstellung der Listenkandidat/innen/ Wahlkreis kandidat/innen stärkeren Einfluss haben, als passive Mitglieder. (N = 775)

Quelle: IParl